

II-11014 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 73 78 76
 DVR: 009 02 04

Pr.Zl.5901/15-4-90.

5119/AB

1990 -05- 10

zu 5267/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.

Dipl.-Ing. Flicker und Kollegen vom 22. März 1990,

Nr. 5267/J-NR/1990, "Benachteiligung im Güterverkehr für das Wald- und Weinviertel"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

"Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Schieneninfrastruktur im nördlichen Niederösterreich werden in den nächsten fünf Jahren durchgeführt?"

"Welche sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bahn gegenüber dem Straßengüterverkehr sind in diesem Bereich geplant?"

Zur Attraktivierung der Verkehrsabwicklung auf der Franz-Josefs-Bahn wird - im Hinblick auf die Öffnung der Ostgrenzen - die Elektrifizierung des Streckenabschnittes

Sigmundsherberg - Gmünd/NÖ. (Beginn im Juni 1990) in Angriff genommen. Zusätzlich ist die Realisierung eines Infrastrukturprogrammes (Modernisierung der Sicherungsanlagen, Automatisierung bzw. Auflassung von Eisenbahnkreuzungen) vorgesehen.

Die Gesamtinvestitionen für die Elektrifizierung sowie die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen werden ca. 900 Mio. S betragen. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist das Jahr 1996.

- 2 -

Auf der Strecke Schwarzenau - Zwettl - Martinsberg-Gutenbrunn ist die Errichtung eines Kreuzungspunktes (Ausweiche) - im Bereich der Haltestelle Hörmanns - geplant.

Die internationale Verbindung Wien - Retz - Satov - Znaim - Prag wird künftig zu einem weiteren Hauptverkehrsweg ausgebaut. Die ÖBB arbeiten bereits an einem umfangreichen Maßnahmenprogramm, in dessen Mittelpunkt die Elektrifizierung des Streckenabschnittes Hollabrunn - Unterretzbach - Satov (Beginn im Juni 1990) steht.

Der Gesamtaufwand dieser Maßnahmen wird ca. 480 Mio. S betragen.

Mit der Fertigstellung ist voraussichtlich im Jahr 1995 zu rechnen.

Auf der Strecke Wien - Hohenau - Breclav (-Brünn-Prag bzw. Warschau) weist der österreichische Streckenteil noch genügend freie Kapazitäten auf. An Ausbauaktivitäten sind kurz- bis mittelfristig nur kleinere Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen, wie etwa die Beseitigung von Langsamfahrstellen, erforderlich.

Zu Frage 3:

"Was werden Sie unternehmen, um im Verhältnis zum Straßen-güterverkehr für die Bahn konkurrenzfähige Tarife zu erreichen?"

Um ihre Transporte auf der Bahn abwickeln zu können, wird den Wirtschaftsunternehmern des Wald- und Weinviertels soweit als möglich eine Frachtermäßigung eingeräumt. Das insbesondere auch bei Gütern, die in der Tarifverordnung der Bundesregierung über die ermäßigte Beförderung aus volkswirtschaftlichem Interesse, enthalten sind.

- 3 -

Die ÖBB und die betroffenen Nachbarverwaltungen sind bemüht - insbesondere im Lichte der Liberalisierung der politischen Situation im Osten - den neuen Marktbedürfnissen entsprechend Rechnung zu tragen. Aus diesem Grunde finden regelmäßig Besprechungen zwischen den ÖBB und den Nachbarbahnen statt, um die Angebotspalette den Kundenwünschen kurzfristig anpassen zu können.

Zu den Fragen 4 und 5:

"Aufgrund fehlender oder unzureichender Bahnverbindungen sind Fahrgenehmigungen für die CSFR und Polen für die Transport- und Wirtschaftsunternehmen des Wald- und Weinviertels von wesentlicher Bedeutung. Werden Sie mit der CSFR und Polen Verhandlungen aufnehmen, um eine Erhöhung der jährlichen Fahrgenehmigungskontingente für die genannten Länder zu erreichen?"

"Werden Sie den Transportunternehmen des Wald- und Weinviertels noch für das heurige Jahr zusätzliche Fahrgenehmigungen für die CSFR und Polen zusichern können?"

Einleitend darf ich auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 hinweisen, die zeigen, daß im Bereich der Bahn durchaus auch heute und verstärkt in naher Zukunft zusätzliche Transportmöglichkeiten bestehen.

Sowohl mit der CSFR als auch mit Polen sind noch im heurigen Jahr Straßenverkehrs-Verhandlungen auf Beamtenebene vor gesehen, in denen auch die Frage der Genehmigungskontingente erörtert werden wird.

Die verkehrspolitische Zielsetzung liegt bekanntlich - insbesondere bei den Gütertransporten - in der verstärkten Inanspruchnahme der Schienenwege, wobei ein Halten des derzeit sehr hohen Marktanteiles der Bahn im Verkehr mit

- 4 -

diesen Ländern angestrebt wird. Deshalb wird eine Anpassung der Höhe der Genehmigungskontingente nur mit großer Vorsicht erfolgen können. Insbesondere im Bereich der für den Transit durch Österreich geeigneten Genehmigungen wird - um eine Situation wie im Inn- und Wipptal zu vermeiden - aus heutiger Sicht keine Kontingenterhöhung in Erwägung gezogen werden können. Derzeit wird auf Expertenebene geprüft, wie im Bereich des Wechselverkehrs zwischen Österreich und der CSFR zusätzlich auftretende Nachfrage zur Abwicklung von joint ventures die nicht, oder nicht allein mit der Bahn abgewickelt werden können, geeignet abgedeckt werden kann. Sollten sich in diesem Bereich zusätzliche Möglichkeiten für die Transportunternehmen eröffnen, so werden diese jedenfalls auch Unternehmern aus dem Wald- und Weinviertel zugute kommen.

Wien, am 9. Mai 1990

Der Bundesminister:

